

94. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2017

am 6. / 7. Dezember 2017 in Potsdam

TOP 6.23

Geplante Umstrukturierungen der Siemens AG

Antragsteller: Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Thüringen

Beschluss:

1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder sind besorgt über die Ankündigung von Werksschließungen und Werksverkäufen von Siemens im Zuge umfangreicher Umstrukturierungen insbesondere im Bereich der Turbinen- und Kompressorenwerke (Siemens Division Power and Gas), wodurch über 6.900 Stellen weltweit im genannten Bereich wegfallen sollen, davon die Hälfte in Deutschland. Angekündigt wird, zwei Werke im sächsischen Görlitz und in Leipzig zu schließen. Daneben sind von der Umstrukturierung insbesondere Werke und Beschäftigte in Offenbach, Erlangen, Erfurt, Berlin, Mülheim an der Ruhr und St. Ingbert betroffen.
2. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder verweisen auf die hervorragenden betrieblichen Rahmendaten und die positiven gesamtwirtschaftlichen Prognosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, wenn nun erfolgreiche Werke geschlossen werden und damit seit Jahren und Jahrzehnten hochproduktive Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gefahr laufen, arbeitslos zu werden. Die vielen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Angehörigen werden durch diese Ankündigungen mit Zukunftsängsten konfrontiert. Gerade in den strukturschwächeren Regionen, in denen Werksschließungen vorgesehen sind, würde es sehr schwierig werden, adäquate neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Der Verlust an industrieller Kompetenz kann sich vor allem langfristig äußerst negativ auf die Perspektive der Menschen und die Wirtschaftsstruktur in der Region auswirken.

3. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder appellieren an die Siemens Geschäftsführung, im Sinne der Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft gemeinsam mit der Arbeitnehmervertretung nach Alternativen zu Werksschließungen und Personalabbau zu suchen.

Begründung:

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert in seinem Jahresgutachten 2017/2018, dass sich die deutsche Wirtschaft in einem kräftigen Aufschwung befindet. Der Sachverständigenrat rechnet mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,0 % im Jahr 2017 und 2,2 % im Jahr 2018.

Siemens bezeichnet in seinem Geschäftsbericht das Geschäftsjahr 2017 im Hinblick auf die Umsetzung seines finanziellen Zielsystems als „ein weiteres sehr erfolgreiches Jahr“. Der Gewinn nach Steuern konnte um 11% auf 6,2 Mrd. Euro gesteigert werden.

Vor diesem Hintergrund sollte ein derartigen Stellenabbau und Werksschließungen eine vorherige Konsultation der Arbeitnehmervertretung vorsehen.

Votum der ASMK: 16:0:0